

3. Juli 2018

++ Pressemitteilung ++

Jongen: Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals neu ausschreiben

Die neuerlichen Querelen im Haushaltsausschuss um die Umsetzung des Freiheits- und Einheitsdenkmals dokumentieren nach den Worten des kulturpolitischen Sprechers der AfD im Bundestag, Dr. Marc Jongen, einmal mehr, dass es keine hinreichende Akzeptanz für den präferierten Entwurf "Bürger in Bewegung" gebe. Die Entscheidung des Haushaltsausschusses, vor der parlamentarischen Sommerpause kein Geld für den Bau des Denkmals freizugeben, sei ein weiterer Grund, dass verunglückte Projekt ad acta zu legen und neu auszuschreiben.

Dazu teilt Marc Jongen mit:

"Es kann nicht sein, dass im Hinblick auf die Umsetzung des Freiheits- und Einheitsdenkmals nach dem Prinzip Augen zu und durch vorgegangen wird. Spottnamen wie ‚Obstschale‘, ‚Bundeswippe‘ oder ‚Bundesbanane‘ zeigen, dass der präferierte Entwurf von einer überwältigenden Mehrheit der Bundesbürger abgelehnt wird.

Ungeeignet ist nicht nur der Entwurf, der im zweiten Wettbewerb wohl nur mangels Alternativen ausgewählt wurde. Ungeeignet ist auch der Standort, früher Sockel des Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Dieser Standort hat keinerlei Bezug zu den Ereignissen, an deren Ende die deutsche Wiedervereinigung stand. Vernünftigerweise ist an dieser Stelle eine Wiedererrichtung der Kolonnaden angezeigt, gerade auch vor dem Hintergrund des mit viel Geld restaurierten Sockels.

Schließlich drohen auch die Kosten aus dem Ruder zu laufen. Es bleibt ja nicht bei den sowieso schon deutlich höheren Gesamtkosten von 17,12 Millionen Euro; für den Betrieb der begehbaren Waage sind jährlich knapp 200.000 Euro an Betriebs- und Instandhaltungskosten budgetiert, was sich über die Jahre hinweg zu einer ansehnlichen Summe aufaddiert.

Vor diesem Hintergrund wäre es nur konsequent, die im Oktober auslaufende Baugenehmigung der Berliner Senatsverwaltung für Städteentwicklung nicht zu verlängern. Das Projekt kann dann neu ausgeschrieben werden. Das eröffnet ein Zeitfenster, bis ein dem Anlass angemessener Entwurf gefunden ist, der auch allgemeine Akzeptanz findet. Alles andere ist Flickschusterei und eine Missachtung des Bürgerwillens."

Pressekontakt:

Christian Lüth

Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Pressesprecher der Alternative für Deutschland

Tel.: 030 22757225

<https://www.afd.de/bundestag>